



Europa muss sich global besser behaupten. Valentin Alexandrowitsch Serow (1865–1911): «Raub der Europa» von 1910.

IMAGO

## Die Rolle Europas in der globalen Handelsordnung

*Ohne eine bessere Koordination seiner Finanz- und Industriepolitik wird Europa nicht zum dritten Pol neben den USA und China. Gastkommentar von Michael Pettis*

Während die Handelskonflikte zunehmen und die Ära der Globalisierung einer fragmentierten Welt weicht, ist es verlockend, das sich verschiebende Gleichgewicht im Welthandel allein durch die Linse der Rivalität zwischen den USA und China zu betrachten. Doch diese Sichtweise ist unvollständig. Nicht nur Washington und Peking müssen sich an eine veränderte Weltordnung anpassen. Auch Europa, einer der grössten Profiteure der Globalisierung, steht vor Herausforderungen.

Seit den späten 1970er Jahren beruhte das globale Handelssystem auf einer bestimmten Architektur: Eine kleine Gruppe von Ländern – primär die USA und Grossbritannien – nahm anhaltende Handelsbilanzdefizite in Kauf, damit andere Länder – China, Deutschland, Japan oder Südkorea – grosse, strukturelle Überschüsse erzielen konnten. Diese Überschuss-Volkswirtschaften unterdrückten systematisch ihren Binnenkonsum zugunsten eines exportgetriebenen Wachstums, indem sie niedrige Löhne, unterbewertete Währungen und Industriepolitik einsetzten, um ihre Produktion zu stärken. Da diese Instrumente die Inlandsnachfrage dämpfen, müssen die Überschüsse ins Ausland abgeführt werden: Wenn einige Länder mehr produzieren, als sie konsumieren, müssen andere mehr konsumieren, als sie produzieren.

Letztere Länder waren vor allem die USA und ihre angelsächsischen Partner. Mit liquiden, flexiblen Finanzmärkten und offenen Grenzen für Kapital wurden sie zu den Zielorten für die Ersparnisse der Überschussländer. Hunderte Milliarden Dollar an ausländischem Kapital flossen in ihre Volkswirtschaften, ihre Währungen wurden aufgewertet, und ihre Handelsbilanzdefizite wuchsen. Die Vorteile dieses Systems – billige Importe, reichlich Kapital – waren real, aber ebenso die Kosten: Deindustrialisierung, Ungleichheit, steigende Haushalts- und Staatsverschuldung. Diese Ära geht nun zu Ende.

Unter der Trump- wie auch unter der Biden-Regierung haben die USA deutlich gemacht, dass sie ihr Handelsbilanzdefizit verringern und ihre Industrie wiederbeleben wollen. Dieser Wandel stellt eine Abkehr von der traditionellen Rolle Amerikas als «Konsument letzter Instanz» der Welt dar. Wenn Washington beginnt, sich gegen das Aufnehmen fremder Überschüsse zu wehren, hat das Folgen – besonders für Europa.

Handel muss auf globaler Ebene ausgeglichen sein. Wenn die USA ihr Defizit verringern, müssen Überschussländer ihre Überschüsse abbauen oder neue Defizitländer finden. Beides ist nicht einfach. In den europäischen und ostasiatischen Volkswirtschaften sind die Überschüsse struktureller Natur. Sie beruhen auf gedrückten Löhnen, Exportförderung und schwachem Binnenkonsum. Ein Ausgleich erfordert schmerzhaft Veränderungen: Reformen der Arbeitsmärkte, eine Neuausrichtung der Finanzpolitik und vor allem eine Umverteilung der Einkommen vom Unternehmenssektor hin zu den Haushalten.

China ist ein Paradebeispiel. Seit dem Platzen der Immobilienblase setzt Peking verstärkt auf Exporte, um das Wachstum zu stützen. Doch wenn Washington dem entgegentritt, muss Chinas Produktionsüberschuss anderswo abgesetzt wer-

Was Europa braucht, ist eine bewusste Stärkung der Binnennachfrage.

den. Das stellt die EU, besonders Deutschland, vor ein Dilemma. Europa gerät zwischen die Fronten: einerseits ein Amerika, das die heimische Produktion wiederbeleben will, und andererseits ein China, das zur Wahrung innenpolitischer Stabilität seinen Exportüberschuss aufrechterhalten muss. Ohne eine koordinierte und strategische Antwort droht Europa zur Knautschzone für die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu werden.

Bisher fiel Europas Reaktion unzureichend aus. Das Gerede von «strategischer Autonomie» mag den innenpolitischen Druck mindern, ersetzt aber keine Neuausrichtung der wirtschaftlichen Strategie. Was Europa braucht, ist eine bewusste Stärkung der Binnennachfrage. Für Deutschland würde eine stärkere Ausrichtung auf Konsum höhere Löhne und mehr öffentliche Investitionen bedeuten – was kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie schwächen könnte. Gerade diese politische Ökonomie des exportgetriebenen Wachstums macht die Neuausrichtung so schwierig.

Dennoch hat Europa mehr Handlungsspielraum, als es denkt. Ein gut konzipiertes öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Infrastruktur, Energie und digitale Modernisierung könnte die Inlandsnachfrage steigern, ohne den Aussenhandel zu gefährden. Grundsätzlicher aber muss Europa entscheiden, welche Rolle es in der neuen Weltordnung einnehmen will. In Brüssel spricht man davon, Europa zu einem «dritten Pol» neben den USA und China zu machen. Doch ohne tiefere politische Integration und bessere Koordination der finanz- und industriepolitischen Massnahmen bleibt dieses Ziel leer.

Das nächste Jahrzehnt wird keine blosse Fortsetzung der vergangenen Jahrzehnte sein. Das globale Handelssystem tritt in eine Phase strategischen Wettbewerbs ein. Handels- und Kapitalströme werden umkämpft und politisiert. In dieser Welt muss Europa entschlossen handeln. Andernfalls könnte es die Kosten einer globalen Anpassung tragen, die es weder gewollt hat noch kontrollieren kann.

Michael Pettis ist Professor für Finanztheorie an der Guanghua School of Management an der Peking University und Senior Fellow am Carnegie Endowment for International Peace.

Eine ehrwürdige literarische Überlieferung erzählt von dem phrygischen König Midas. Der Gott Dionysos hatte dem reichen Midas die magische Fähigkeit verliehen, alles, was seine Hand berührte, in Gold zu verwandeln. Doch währte dieses Plutokratenglück nicht lange. Denn das Geschenk hatte die Nebenwirkung, dass König Midas vom Hungertod bedroht war, weil sich jede Auster, jede gebratene Taube, die er zum Mund führte, in glänzendes Metall verwandelte. Die Geschichte mit ihrem ernüchternden Ende diente der Goldgier lange zur Warnung.

Doch neuerdings drängt sich den Besuchern des Weissen Hauses der Eindruck auf, dass König Midas in Gestalt von Präsident Trump wiederauferstanden sein könnte und dass er seinen Regierungssitz mit göttlich begabter Hand zum Glänzen bringt. Als habe der Präsident mit Midas- Händen nicht nur seine Frisur geordnet, sondern sei auch quer durchs Oval Office gezogen, um lauter edle Dinge mit goldenem Schimmer zu versehen.

Seine Goldfinger müssen Vasen, Körbe, Blumen, Ornamente am Kamin, an den Wänden und Beistelltischen berührt haben. Und von gleichem Midas-Zauber veredelt, schweben goldene Engel über den Türen, glänzen die Füsse der Stehlampen wie die Rahmen der rund zwanzig Porträts an den Wänden. Goldene Adler zieren die Marmortische zu beiden Seiten des Kamins, und auf dem Couchtisch lacht ein goldener Briefbeschwerer mit Trumps Namen. Nicht zu sprechen von den güldenen Brokatvorhängen und den seidenen Bezügen der Sitzmöbel.

Offensichtlich macht der Präsident nun Ernst mit dem Versprechen, dass seine Herrschaft ein goldenes Zeitalter einleiten werde. Vom Weissen Haus soll ein sonnenkönigliches Strahlen ausgehen. In disruptiver Politiksprache: Donald Trump wird kräftig Ludwig XIV. wagen! Offenbar haben sich die modernen Republiken nichts Gutes getan, als sie aus purem Ressentiment gegen die Monarchen

## König Midas im Weissen Haus

*Das Oval Office in Washington füllt sich mit Prunk. Für Donald Trump bleibt Gold die Standardwährung von Reichtum und Macht.*

*Gastkommentar von Manfred Schneider*

allen königlichen Prunk abräumten, Schlösser und fürstliche Prachtbauten zu Museen herabstufen und ihre demokratischen Machthaber in bürgerliche Kleidung steckten. Denn die Sehnsucht der Mächtigen und ihrer Anbeter, die Gestalten und Wohnstätten der Macht in erhabenem Glanz zu bewundern, blieb unausrottbar.

Zwar haben die Gründerväter der USA vor 250 Jahren lange überlegt, ob sie ihrer Verfassung das Staatsmodell des alten Deutschen Reiches zugrunde legen sollten, das aus vielen souveränen Einzelstaaten und aus einer schwachen, aber prachtvollen kaiserlichen Zentralmacht bestand. Doch zum Glück entschieden sie sich für eine föderale, von allem Pomp gereinigte Republik.

Daher auch sollte nach dem Willen des ersten Präsidenten, George Washington, das Weisse Haus ohne allen Prunk auskommen. Doch in den vielen Anleihen und Zitate, mit denen sich die Vereinigten Staaten als neue römische Republik in Szene setzten, im Capitol, im Senat, im Neoklassizismus der Regierungsgebäude und im Amtstitel des «praesidens», lauert weiter die imperiale Lust an Glimmer und erhabenem Schein.

Wie soll also nicht im Herzen eines frisch ins Amt gelangten Präsidenten, dem die Verfassung alle Adelstitel verwehrt, ein Wunsch nach blinkender Herrlichkeit und plutokratischem Glanz lebendig werden! Schaut euch um! Sitzt nicht auch der russische Freund Putin in seinem prächtigen Kremlpalast

mit einem herrlichen Kuppelsaal, wo die feudalen Ornamente der Zarenherrschaft mit Säulen, Marmor, Stuck in Weiss und Gold fortbestehen! Welch einen gewaltigen Palast bewohnt auch der Seelenverwandte Erdogan! Soll sich die grösste Weltmacht wirklich nur in spartanischer Nüchternheit zeigen?

Andere Kulturrevolutionen, die goldene Zeiten ankündigten, 1789 in Paris, 1917 in Leningrad oder 1966 in China, entfesselten einen Bildersturm der alten Machtzeichen und Institutionen. Hingegen verzichtet Trumps Maga-Revolution auf den Ikonoklasmus, auf das Niederreißen der überkommenen Embleme. Trumps Versuch im Januar 2021, das Capitol zu Fall zu bringen, blieb eine misslungene Imitation des Sturms auf das Sankt Petersburger Winterpalais 1917. Jetzt musste sich die neue Macht damit begnügen, die Verwaltung der Vorgänger abzuräumen.

Aber wie soll Amerikas goldenes Zeitalter den Blicken der Welt imponieren? Die Plutokratie zeigt sich in üppigen Landsitzen, medialer Prominenz, Privatjets und aufwendigem Lebensstil. Der neue Reichtum, den die Milliardärsaristokratie in spekulativen Kryptowährungen anhäuft, lässt sich nicht zeigen, auch wenn sie Trump als ein «digitales Fort Knox» feiert. Gold bleibt die unübertroffene Standardwährung der Macht und des Reichtums, und nicht zufällig steigerte Trumps Wirtschaftspolitik den Goldpreis an den verunsicherten Finanzmärkten.

Wie bemisst sich hingegen der politische Kurswert der Unabhängigkeitserklärung von 1776, die Trump gleichfalls als Schaustück ins Oval Office bringen liess? Wobei sie allerdings nicht in Gold blinkt, ihren inneren Glanz verbirgt ein blauer Vorhang. Ach, welche wunderbaren Zeiten, als dem König Midas Goldfinger wuchsen! Oder als ein altes Märchen davon raunte, dass der Teufel nur drei goldene Haare hat.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.